

Eine Standortbestimmung des VENRO-Fachbereichs lokal-global zur Lokalen Agenda 21 und zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

1. Vor Ort global verantwortlich denken und handeln

Eine-Welt-Politik stellt sich den großen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Die Überwindung der weltweiten Umwelt- und Entwicklungskrisen sowie die Gestaltung der Globalisierung im Interesse aller Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für eine zukunftsfähige globale Entwicklung.

Eine-Welt-Politik in Deutschland greift den Impuls des Erdgipfels 1992 in Rio de Janeiro auf: Dort haben sich Regierungsvertreter von 179 Staaten auf die Agenda 21 geeinigt – das Aktionsprogramm der internationalen Staatengemeinschaft für nachhaltige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung in Nord und Süd.

Eine-Welt-Politik setzt sich für einen Interessenausgleich zwischen Arm und Reich in Nord und Süd ein, damit angesichts der Begrenztheit der Ressourcen die elementaren Bedürfnisse und Rechte aller Menschen respektiert werden. Sollen auch künftige Generationen die gleichen Chancen auf ein menschenwürdiges Leben haben, müssen heute schon nachhaltigere Produktions- und Konsummuster entwickelt werden.

Die Agenda 21 hebt die Bedeutung der Partizipation der Menschen hervor. Nur die weitreichende Beteiligung der Menschen an allen Orten und in sämtlichen Regionen der Welt kann zu global verantwortlichem und vernetztem Handeln führen und so den notwendigen Veränderungsprozessen den erforderlichen Schwung verschaffen. Diese Beteiligung beinhaltet ein neues Politikverständnis; sie zu erreichen ist eine große gesellschaftspolitische Aufgabe.

Im VENRO-Fachbereich lokal-global haben sich entwicklungspolitische Netzwerke und Organisationen zusammengeschlossen, um gemeinsam Eine-Welt-Arbeit und -Politik auf der lokalen Ebene voranzubringen.

2. Eine-Welt-Arbeit auf lokaler Ebene

Seit vielen Jahren setzen sich Bürgerinnen und Bürger in vielfältigen Formen und Initiativen für globale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Veränderungen in Nord und Süd ein: in Menschenrechtsgruppen, in Kirchengemeinden, in Weltläden und Aktionsgruppen zu aktuellen Kampagnen gegen Kinderarbeit und für Schuldenerlass, in Solidaritätsgruppen und Städtepartnerschafts-Initiativen. Sie arbeiten - aus eigener Initiative und ohne staatlichen Auftrag - gemeinsam mit Menschen aus ihrem Umfeld aktiv daran, in unserem Land für globale Verantwortung und Partnerschaft zu werben.

Vielerorts haben sich die Einzelinitiativen zusammengetan und lokale Netzwerke, Foren, Eine-Welt-Häuser etc. aufgebaut und sich auf Landes- oder Bundesebene in den Landesnetzwerken, der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke (agl) oder dem Weltladen-Dachverband organisiert.

Zusammen schaffen sie Anlässe für offene Zukunfts-Dialoge in den Kommunen und Regionen: Sie veranstalten Eine-Welt-Tage, organisieren Informations-, Diskussions- und Kulturveranstaltungen, initiieren oder moderieren „runde Tische“ im Rahmen von lokalen Agenda-Prozessen, ermöglichen interkulturelle Begegnungen bei Eine-Welt- oder Schulprojekt-Tagen, arbeiten gemeinsam in öffentlichkeitswirksamen Kampagnen, konzipieren Curricula für Lehrerinnen und Lehrer und Angehörige der Verwaltung, unterhalten Bibliotheken und Medienstellen, bieten Serviceleistungen und Beratungen an und versuchen so, mehr und mehr Menschen dafür zu gewinnen, ihr eigenes Denken und Handeln an der Eine-Welt-Verantwortung zu orientieren.

3. Aktivitäten auf Länder- und Bundesebene zur Lokalen Agenda

1651 Städte und Gemeinden – das sind 11,6 Prozent aller deutschen Kommunen (Stand: September 2000) - haben bisher Beschlüsse zur lokalen Agenda gefasst. Oftmals angeregt durch bürgerschaftliche Initiativen greifen in einer wachsenden Zahl von Kommunen auch Rat und Verwaltung den Impuls von Rio auf und machen sich daran, im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und der Wirtschaft ein für ihren Ort passendes Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert zu entwickeln.

Im europäischen Vergleich ist der Anteil der „Agenda-Kommunen“ in Deutschland noch gering. Zudem wird die Politik einer nachhaltigen Entwicklung nicht nur auf nationaler und regionaler, sondern auch auf lokaler Ebene häufig noch auf Umwelt- und Standortpolitik reduziert. Die globalen Auswirkungen lokalen Handelns und die Nord-Süd-Dimension werden vielerorts noch zu wenig berücksichtigt und mit dem Etikett eines Spezialthemas versehen.

Dabei gibt es eine Vielzahl gemeinsamer Themen und Probleme, die Städte und Gemeinden weltweit bewegen. Erfahrungsaustausch zwischen Partnerstädten in Nord und Süd zu Themen wie z.B. Stadtentwicklungsplanung, Verkehrskonzeption, Trinkwasserversorgung, Bildung und Kultur, Gesundheitsversorgung, soziale

Entwicklung, demokratische Entwicklung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürgern kann und sollte zu gegenseitigem Lernen führen.

Die Nord-Süd-politische Profilierung der lokalen Agenda-Prozesse ist ein wesentliches Anliegen von vielen Eine-Welt-Gruppen und entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen, die ihre Aktivitäten im Bereich der Nord-Süd-Partnerschaften, der Bildungsarbeit, der interkulturellen Arbeit, der Flüchtlingsarbeit und des Fairen Handels in die lokalen Agenda-Prozesse einbringen.

Um die Unterstützung für die Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene voranzubringen, bedarf es aber auch einer stärkeren Unterstützung durch die kommunalen Spitzenverbände, die Bundesländer und die Bundesregierung.

Was die Förderung der Eine-Welt-Arbeit und der lokalen Agenda-Prozesse betrifft, ist die Politik Nordrhein-Westfalens beispielhaft. Die Landesregierung hat einen Landes-Agenda-Prozess gestartet, in dem die globale Verantwortung ein deutliches Gewicht hat.

Auf der Bundesebene begrüßt der VENRO-Fachbereich lokal-global die Einrichtung des „Rates für Nachhaltige Entwicklung“, tritt jedoch für eine angemessene Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Dimension – und hier insbesondere der lokalen Ebene - in diesem Gremium und in der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung im Allgemeinen ein.

4. Die Akteure des Fachbereichs lokal-global und die Ziele ihrer Zusammenarbeit

Über die Landesnetzwerke und den Weltladen-Dachverband fließen die Aktivitäten von mehr als 2.000 lokalen und regionalen Initiativen und Organisationen in die Arbeit des VENRO-Fachbereichs lokal-global ein.

Auch für eine Reihe der bundesweit tätigen entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen ist die lokale bzw. die regionale Ebene ein wesentliches Handlungsfeld. Große oder kleinere Hilfswerke, Lobbyinitiativen oder Agenda-Servicestellen unterstützen und qualifizieren mit ihren Aktivitäten die Arbeit der örtlichen Initiativen und verstärken die Bedeutung der Eine-Welt-Politik auf lokaler und regionaler Ebene.

Mit ihrer Zusammenarbeit im VENRO-Fachbereich wollen die beteiligten Organisationen

- den Erfahrungsaustausch untereinander über Eine-Welt-Politik und nachhaltige Entwicklung auf der lokalen und regionalen Ebene verstärken und zu Absprachen, koordiniertem Vorgehen und gemeinsamen Aktivitäten kommen,
- in gemeinsamen Veranstaltungen die Anliegen der Akteure des Fachbereichs bündeln,
- die Bedeutung der lokalen und regionalen Eine-Welt-Arbeit im Verband stärken,

- den Blick der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger mehr als bisher auf Eine-Welt-Politik als Handlungsfeld auf der lokalen und regionalen Ebene lenken,
- durch Lobbyinitiativen die finanziellen Rahmenbedingungen für diese Arbeit verbessern und
- sich für die Stärkung der entwicklungspolitischen Dimension - und hier insbesondere für die Einbeziehung der lokalen Ebene - im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung einsetzen.

Zivilgesellschaftliches Engagement braucht Ermutigung. Die beste Ermutigung ist der Rückenwind einer reformorientierten und zukunftsfähigen Politik.

Hannover/Bonn, 24. April 2001

**Verband Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
(VENRO)
Kaiserstr. 201
53113 Bonn**

Tel.: 0228/ 9 46 77 - 0

Fax: 0228/ 9 46 77 99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

VENRO ist ein freiwilliger Zusammenschluss von rund 100 deutschen Nichtregierungsorganisationen, die als Träger der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.